



Annette Widmann-Mauz MdB

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen

Christlich-liberale Koalition wird den Übergang verantwortungsvoll gestalten

Die Wahlniederlage in Baden-Württemberg ist für die Union besonders schmerzhaft, weil die CDU dieses Land über lange Jahrzehnte sehr erfolgreich regiert hat. Baden-Württemberg ist heute das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit. Es hat solide Finanzen und ist Spitze bei Bildung und Forschung. Diese landespolitischen Erfolge der Union sind durch die Ereignisse in Japan überlagert worden. Die Energiepolitik ist wenige Tage vor der Wahl zu einem entscheidenden Thema geworden. Auf die schrecklichen Ereignisse hat die Bundesregierung mit einem Moratorium reagiert. Doch leider ist es den Wahlkämpfern der CDU nicht gelungen, die Menschen davon zu überzeugen, dass wir aufgrund einer neu zu bewertenden Sicherheitslage und nicht aus wahltaktischen Gründen gehandelt haben. Die kommenden Wochen werden zeigen, dass die Union es mit dem Moratorium ernst meint. Die Situation nach Ablauf des Moratoriums wird eine andere sein als zuvor. Die Kernenergie ist für CDU und CSU eine Brückentechnologie in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien. So ist es auch im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Koalition festgehalten. Mit der Erarbeitung eines umfassenden Energiekonzeptes hat die Bundesregierung im vergangenen Herbst einen konkreten Plan zum umfassenden Ausbau der Erneuerbaren Energien vorgelegt. Darin eingebettet war die Laufzeitverlängerung. Durch Abschöpfung der dadurch entstehenden Gewinne sollten die für den Ausbau der Erneuerbaren Energien nötigen Mittel bereitgestellt werden. Die aufgeregte Debatte um das Ausmaß der

Laufzeitverlängerung hat das Ziel – Verzicht auf Kernenergie und Übergang in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien – aus dem Blickfeld gerückt. Die schrecklichen Ereignisse in Japan, einem Hochtechnologieland, haben uns allen gezeigt, dass das viel beschriebene Restrisiko der Kernkraft neu bewertet werden muss. Wir müssen so schnell wie möglich auf Kernkraftwerke verzichten. Aber ein sofortiges Ende von einem Tag auf den anderen ist in einer hoch-industrialisierten Volkswirtschaft wie der deutschen nicht möglich. Die christlich-liberale Bundesregierung kann und will den Übergang verantwortungsvoll gestalten. Dazu wird sie ihr Energiekonzept auf Möglichkeiten zum beschleunigten Umstieg untersuchen und die Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke anpassen. Die Zeit des Moratoriums muss bestmöglich zur Recherche, zur Analyse sowie zur breiten gesellschaftlichen Diskussion und zur politischen Entscheidungsfindung genutzt werden. Bereits Ende letzter Woche hat deshalb die Reaktorsicherheitskommission, ein Gremium von Experten aus dem Bereich Kerntechnik, die den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Fragen der Sicherheit von Kernkraftwerken berät, die Anforderungen für die Sicherheitsüberprüfung der deutschen Kernkraftwerke aufgestellt. Die Überprüfung ist die Grundlage für die politische und gesellschaftliche Bewertung der Risiken. Schon jetzt ist klar, dass nicht mehr alle alten Kraftwerke wieder ans Netz gehen werden. In der nun begonnenen Phase des Nachdenkens muss sich die gesamte Gesellschaft mit der Frage beschäftigen, welches Restrisiko wir für die Über-

gangszeit zu tragen bereit sind. Dafür ist die von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingesetzte Ethikkommission zur Zukunft der Energieversorgung unter dem Doppelvorsitz des früheren Umweltministers Klaus Töpfer und des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft Matthias Kleiner der richtige Ort. An diesem Montag tagte sie erstmalig. Bei der Ausjustierung der Energiepolitik sind die beiden Koalitionsfraktionen mit einer eigenen Arbeitsgruppe unter Führung der Fraktionsvorsitzenden eng einbezogen. So werden die Fraktionen die Arbeiten in der Reaktorsicherheitskommission, der Ethikkommission und der Bundesregierung begleiten und nach Bewertung die ggf. notwendigen gesetzgeberischen Schritte umsetzen.

Abrüstungsbericht der Bundesregierung

An diesem Freitag diskutierte der Deutsche Bundestag den Jahresabrüstungsbericht 2010 der Bundesregierung. Mit dem Bericht informiert die Bundesregierung über den Stand der Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale im Jahr 2010. Dazu erklärte der Abgeordnete des Wahlkreises Aalen-Heidenheim und Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung Roderich Kiesewetter: "Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist überzeugt: Abrüstungspolitik ist kluge Sicherheitspolitik. Verantwortungsbewusste Abrüstungspolitik darf die Vision einer friedlicheren Welt nie aus dem Auge verlieren. Sie muss aber realpolitisch mit der Wirklichkeit umgehen. Markenzeichen wertegebundener und interessengeleiteter Außenpolitik ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die enge Abstimmung in NATO und EU. Denn Deutschland kann seine Ziele nicht allein erreichen. Nur Bündnissolidarität bringt außenpolitische Handlungsfähigkeit, die wir brauchen. So hat sich Deutschland bei der Ausarbeitung eines neuen Strategischen Konzeptes der NATO erfolgreich für die Aufnahme von abrüstungspolitischen Forderungen hin zu einer Welt mit deutlich weniger Nuklearwaffen ausgesprochen. Für die Unionsfraktion ist Abrüstung ein Instrument vorsorglicher Krisenprävention und aufmerksamer Krisennachsorge. Ergebnisse sollten sich bewerten lassen - wir wollen ein Mehr an Transparenz, ein

Mehr an Vertrauen und schließlich ein Mehr an Sicherheit. Abrüstungseuphorische Blauäugigkeit und Aktionismus führen nicht zum Ziel. Es braucht geeignete Foren und Verträge. Das haben im vergangenen Jahr die Nichtverbreitungskonferenz in New York oder die Ratifizierung des New Start-Vertrags belegt. Mit Nachdruck drängen wir auf weitere Abrüstungsschritte mit Russland. Nordkorea und Iran bedrohen mit ihren Rüstungsprogrammen den Frieden in der Welt. Iran verletzt weiter UN-Resolutionen mit der fortgesetzten Arbeit an seinem Nuklearprogramm und verweigert sich einer transparenten Zusammenarbeit mit der IAEO. Es ist deshalb wichtig, dass die NATO - wenn möglich gemeinsam mit Russland - an einer Raketenabwehr arbeitet, um unsere Sicherheit zu gewährleisten."

Aufschwung bleibt kräftig

An diesem Donnerstag wurden die Ergebnisse des Frühjahrgutachtens der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vorgestellt. Hierzu erklärte der Waiblinger Abgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Joachim Pfeiffer: „Es geht weiter aufwärts mit der deutschen Wirtschaft. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für das laufende Jahr mit einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung um 2,8 Prozent. 2012 wird eine Steigerung des BIP um weitere 2 Prozent prognostiziert. Deutschland befindet sich damit auch 2011 in einem Hoch, der kräftige Aufschwung verstetigt sich. Für die Beschäftigung hat dies durchweg positive Auswirkungen. Die Wirtschaftsforscher rechnen mit rapide sinkenden Arbeitslosenzahlen. Für die Jahre 2011 und 2012 wird eine Arbeitslosenquote von 6,9 Prozent bzw. 6,5 Prozent erwartet. In diesem Jahr werden damit durchschnittlich nur rund 2,88 Millionen Erwerbstätige arbeitslos sein. Das sind gut 360.000 weniger als im Vorjahr. 2012 wird die Arbeitslosenzahl durchschnittlich sogar auf gut 2,7 Millionen sinken. Damit verbessert sich automatisch die Einkommenssituation der privaten Haushalte weiter. Dies stützt die Binnennachfrage.“ Ebenfalls zur guten Konjunkturprognose erklärte der Abgeordnete des Wahlkreises Backnang – Schwäbisch-Gmünd und haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Barthle: „Die erfreulichen Zahlen im

Frühjahrgutachten spiegeln die erfolgreiche Politik der Koalition wider. Im Bundeshaushalt gibt es aber keine Spielräume für ein Wunschkonzert an zusätzlichen Ausgaben. Absoluten Vorrang haben der Abbau der hohen Neuverschuldung und die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse. Gerade in konjunkturell guten Zeiten muss die Neuverschuldung zurückgeführt werden. Zudem müssen mögliche Risiken und Belastungen für den Bundeshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung im Blick behalten werden.“

Zitat

«Ich mache sozusagen die Hauptversammlung mit mir selbst.»

(Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, der am Dienstag in Berlin als Vertreter des Alleineigentümers Bund die Beschlüsse für die Deutsche Bahn AG fasste.)

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin,
Tel.: 030 / 227-77217,
Fax: 030 / 227-76749,
E-Mail: annette.widmann-mauz@bundestag.de,
Internet: www.widmann-mauz.de